

**RAHMENLIEFERVERTRAG
ÜBER DIE LIEFERUNG UND DEN BEZUG VON ERDGAS
(VOLLVERSORGUNGSVERTRAG ERDGAS)**

– Musterentwurf –

zwischen

[Gemeinde Biebergemünd/Stadt Bruchköbel/Stadt Gelnhausen/Gemeinde Gründau/Stadt Langenselbold/Gemeinde Linsengericht/Gemeinde Niederdorfelden], vertreten durch den Gemeindevorstand/den Magistrat, [jeweilige Adresse]

im Folgenden „**Auftraggeber**“ genannt,

und

.....
.....

im Folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt,

wird folgender Vertrag geschlossen:

Präambel

Der Auftraggeber und der Auftragnehmer beabsichtigen, durch diesen Rahmenvertrag einen qualitativ hochwertigen, insbesondere ökologischen und sicheren Bezug von Erdgas für sämtliche **[städtischen/gemeindlichen/kommunalen]** Abnahmestellen (Abnahmestellen mit Standardlastprofil (SLP) einheitlich zu regeln.

Durch diesen Rahmenvertrag werden insbesondere der Umfang der Belieferung, die Preise und Preisgestaltung, der Abrechnung, die Laufzeit sowie die allgemeinen Vertragsbedingungen geregelt. Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien, was folgt:

§ 1 Vertragsgegenstand, Vertragsgrundlagen

- 1.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung dessen gesamten Bedarf an Erdgas an die SLP-Abnahmestelle(n) **gemäß Anlage 1 (SLP-Zählpunkte)** nach den Bestimmungen dieses Vertrags zu liefern (offener Erdgasliefervertrag). Die Aufnahme weiterer Abnahmestellen zu den dem Rahmenvertrag unterliegenden Bedingungen erfolgt nach Maßgabe dieses Vertrages. Abnahmestelle ist die Eigentumsgrenze des auf den jeweiligen Zählpunkt bezogenen Netzanschlusses. Zählpunkt ist der Ort, an dem der Gasfluss messtechnisch erfasst wird.
- 1.2 Für die in **Anlage 1 (SLP-Zählpunkte)** benannten SLP-Abnahmestellen beträgt die voraussichtliche kalenderjährliche Gesamtmenge ohne Annahme einer verbindlichen Höchstbetrags- oder Mindestabnahmemenge insgesamt

..... kWh.

- 1.3 Soweit in diesem Vertrag nichts anderes geregelt ist, wird der Auftraggeber das Erdgas lediglich zur eigenen Versorgung nutzen. Eine Weiterleitung oder Weiterveräußerung an Dritte ist unzulässig.

[Bieterhinweis: Bei der Stadt Gelnhausen erfolgt eine Weiterleitung an die in die Vergabe einbezogenen städtischen Gesellschaften. Klausel wird für Gelnhausen angepasst]

- 1.4 Der Auftragnehmer liefert Erdgas an den virtuellen Handelspunkten (VP) im Marktgebiet **[zu ergänzen]** für die **[Stadt Bruchköbel/Stadt Gelnhausen/Gemeinde Linsengericht]** **[Anm. Görg: Bitte um Mitteilung, ob dies noch aktuell ist]..** Die Abwicklung erfolgt über ein Sub-Bilanzkonto im Bilanzkreis des Erdgaslieferanten.
- 1.5 Grundlage des Erdgasliefervertrages sind die vom Netzbetreiber angegebenen Daten zu Netzanschluss, Anschlussleistung, Versorgungsdruck an den Abnahmestellen und Messung. Sie sind in der Leistungsbeschreibung dokumentiert, die wesentlicher

Bestandteil dieses Vertrages ist. Übergabestellen für das gelieferte Gas sind die in **Anlage 1 (SLP-Zählpunkte)** benannte Abnahmestellen.

- 1.6 Sofern der Auftraggeber über die in Ziffer 1.2 genannte Menge hinaus Erdgas für den Eigenbedarf benötigt, wird diese vom Auftragnehmer innerhalb eines Mengen-Toleranzbandes in Höhe von $\pm 10\%$ bezogen auf die Gesamt-Jahresliefermenge bereitgestellt und an die in **Anlage 1** definierten Entnahmestellen geliefert. Überschreitet der Gasbedarf der Auftraggeber insgesamt das Mengen-Toleranzband von $\pm 10\%$, ist der Auftragnehmer auch hinsichtlich dieser zusätzlichen Liefermengen zur Vollgaslieferung verpflichtet. Sofern die in Ziffer 1.2 genannte Menge, z. B. durch Maßnahmen zur Energieeinsparung, unterschritten wird, ist der Auftraggeber zur Abnahme und Vergütung der Differenzmenge nicht verpflichtet; dies gilt auch bei einer Unterschreitung der Gesamt-Jahresliefermenge von mehr als 10% . Im Übrigen gilt Ziffer 6.4 dieses Vertrages.
- 1.7 Für diesen Rahmenvertrag gelten die folgenden Vertragsbestandteile, wobei Reihenfolge gleich Rangfolge ist:
- a) Die Bedingungen dieses Rahmenvertrages nebst Anlagen,
 - b) die Leistungsbeschreibung nebst Anlagen,
 - c) das Angebot des Auftragnehmers vom _____. **[Bieterhinweis: Wird nach Maßgabe des Angebotes ergänzt.]**
 - d) Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

§ 2 Art und Qualität der Versorgung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, an den Auftraggeber nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung Erdgas in einer H-Gas-Qualität zu liefern.

§ 3 Aufnahme weiterer oder Verminderung von Abnahmestellen bzw. Zählpunkten

Der Auftraggeber ist berechtigt, weitere Abnahmestellen bzw. Zählpunkte zu benennen. Der Auftraggeber wird diese Abnahmestellen bzw. Zählpunkte sowie Informationen zu deren Energiebedarfssituation (Daten und Informationen entsprechend § 4 und § 7 sowie eine Verbrauchsprognose gemäß Ziff. 1.2) dem Auftragnehmer rechtzeitig – mindestens vier Wochen vor dem geplanten Lieferbeginn – in Textform mitteilen.

Entsprechendes gilt, wenn sich die Zahl der Abnahmestellen bzw. Zählpunkte verringert.

§ 4 Ermittlung des tatsächlichen Lieferumfangs

Der Erdgasverbrauch des Auftraggebers wird im Abstand von 12 Monaten (Abrechnungsjahr) ermittelt und thermisch abgerechnet (zur Zeit gemäß Arbeitsblatt G 685 des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. – DVGW).

§ 5 Durchführung der Lieferung/Zusatzleistungen

- 5.1 Die Lieferung erfolgt nach den Bestimmungen dieses Vertrages sowie den Vorgaben des EnWG und der auf der Grundlage des EnWG erlassenen Rechtsverordnungen sowie den einschlägigen vollziehbaren Festlegungen und Beschlüssen der Bundesnetzagentur.
- 5.2 Die Regelung der Netznutzung bis zu der jeweiligen Abnahmestelle obliegt dem Auftragnehmer.
- 5.3 Die Regelung der physikalischen Anbindung der jeweiligen Auftraggeberanlage und der sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten (Netzanschluss und Anschlussnutzung) obliegt dem Auftraggeber und erfolgt in gesonderten Verträgen mit dem jeweiligen Netzbetreiber.
- 5.4 Vom Auftragnehmer zu erbringen sind nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung im Zusammenhang mit der Erdgaslieferung stehende Nebenleistungen. Hierzu gehören insbesondere regelmäßige Mess- und Abrechnungsleistungen sowie die jährliche Auswertung des Verbrauchsverhaltens und Analyse von Einsparpotenzialen.

§ 6 Vergütung und Abrechnung

- 6.1 Für den tatsächlichen Lieferumfang des Auftraggebers gemäß § 4 dieses Vertrages zahlt der Auftraggeber ein Entgelt nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung und des als **Anlage 2** beigefügten Preisblattes. Soweit nachstehend nicht ausdrücklich anderes geregelt ist, ist diese Vergütung unabänderlich.
- 6.2 Der Erdgaslieferpreis versteht sich einschließlich

- Entgelte für die Lieferung und Abrechnung der Energie (Erdgas-Lieferung) durch den Auftragnehmer

und zuzüglich – in der jeweiligen gesetzlichen Höhe –

- Netznutzungsentgelte des Netzbetreibers
- Entgelte für Messung und Zähldatenbereitstellung durch den Netzbetreiber bzw. Messstellenbetreiber

- Kosten der Ausgleichs- und Regelenenergieumlage
- CO₂-Kosten nach BEHG
- Erdgassteuer
- Bioerdgaswälzungsbeitrag
- Konzessionsabgaben gemäß Konzessionsabgabenverordnung (KAV)
- Gasspeicherumlage
- SLP-Bilanzierungsumlage sowie
- Umsatzsteuer.

- 6.3 Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, jede berechtigte Änderung der Netznutzungsentgelte, der Entgelte für Messung und Zähl Datenbereitstellung und der Konzessionsabgabe rückwirkend zum Zeitpunkt ihrer Änderung spätestens mit der Jahresrechnung für jede Abnahmestelle an den Auftraggeber in vollem Umfang weiterzugeben. Bei Inkrafttreten weiterer oder beim Wegfall bestehender Steuern, Abgaben oder staatlich induzierter Umlagen sowie Aufschlägen mit Einfluss auf den Gaspreis kommen diese als neue veränderliche Preisbestandteile hinzu bzw. entfallen entsprechend der tatsächlich eingetretenen Be- oder Entlastung, sofern die Weitergabe an den Endkunden zulässig ist.
- 6.4 Das Abrechnungsjahr ist das Kalenderjahr. Der Auftragnehmer stellt monatliche Abschlagsrechnungen in zwölf gleichen Teilen auf der Basis der bisherigen bzw. der Verbrauchsmengen der letzten Abrechnungsperiode. Bis zum 15.02. des jeweils folgenden Jahres erstellt der Auftragnehmer eine Jahresendabrechnung für das vergangene Vertragsjahr mit nachvollziehbarer Leistungsaufstellung. Rechnungen werden 30 Kalendertage nach Eingang der prüffähigen Rechnung fällig. Die Zahlung erfolgt auf ein vom Auftragnehmer in der Rechnung zu benennendes Konto bargeldlos.
- 6.5 Überschreitet oder unterschreitet der tatsächliche Energiebedarf in einem Lieferjahr das Mengen-Toleranzband in Höhe von $\pm 10 \%$, so verpflichtet sich der Auftragnehmer, Mehrmengen hinzuzukaufen bzw. nicht benötigte, bereits für den Auftraggeber beschaffte Mindermengen über den EEX Erdgas-Spotmarkt zu verkaufen. Die Weiterverrechnung der Mehr- und Mindermengen außerhalb des Toleranzbandes orientiert sich am Spotmarktpreis im Jahresdurchschnitt des jeweiligen Lieferjahres und erfolgt bis spätestens 15. Februar des Folgejahres ohne Aufschlag des Auftragnehmers. Die vom Auftragnehmer an den Auftraggeber zu liefernden Mehrmengen müssen sämtliche Anforderungen an die Qualität des Erdgases und die entsprechenden Nachweise erfüllen. Zulässig und ausreichend ist eine zeitliche Bilanzierung dieser zusätzlich gelieferten Erdgasmengen.

- 6.6 Macht der Auftraggeber von der Möglichkeit der Vertragsverlängerung nach Ziffer 9.2 dieses Vertrages Gebrauch wird der Auftragnehmer zur Bewahrung des Gleichgewichtes von Gaslieferung und Gaspreis den vom Auftraggeber zu zahlenden Arbeitspreis im Sinne des Preisblatts (**Anlage 2**) einmalig nach billigem Ermessen anpassen. Die Anpassung der Preise ist nur in Bezug auf den vollen Zeitraum der Vertragsverlängerung möglich. Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber spätestens 4 Monate vor dem geplanten Wirksamwerden der Preisanpassung die Änderung der Gaspreise schriftlich mit. In der Mitteilung ist der Auftraggeber hinzuweisen, welche konkreten Veränderungen für die Preisänderung maßgeblich sind. Unbeschadet etwaig weitergehender Rechte des Auftraggebers, etwa aus § 315 BGB, hat der Auftraggeber im Falle der Preisänderung nach dieser Ziffer 6.6 das Recht, den Vertrag zum Ende der Grundlaufzeit in Textform gegenüber dem Auftragnehmer zu kündigen. Auf dieses Recht wird in der Mitteilung über die Preisänderung ausdrücklich hingewiesen. Ziffer 6.3 bleibt unberührt.

§ 7 Informationsrechte und -pflichten

- 7.1 Mit Vertragsschluss stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer die folgenden Daten zur Verfügung:

Die maximale Abnahmemenge seiner jeweiligen Abnahmestelle(n) in kW. Die maximale Abnahmemenge ist die Leistung, die der Netzbetreiber dem Auftraggeber gegenüber nach dem Anschlussnutzungsvertrag vorzuhalten hat.

- 7.2 Während der Vertragslaufzeit stellt der Auftraggeber mit einer Vorlaufzeit von vier Wochen Informationen über sonstige bevorstehende wesentliche Änderungen seines Bedarfs zur Verfügung.
- 7.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unverzüglich über sämtliche relevanten Vorkommnisse, Ereignisse oder sonstige Umstände zu informieren, die eine Leistungserbringung in Frage stellen, gefährden oder ausschließen könnten.

§ 8 Datenübermittlung

Sofern die Parteien nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbaren, hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer alle im Vertrag benannten Daten in elektronischer Form im Format [xls / xlsx] oder nach Abstimmung zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber mit einem entsprechend konvertierbaren Format zur Verfügung zu stellen. Diese Daten sind an die E-Mail-Adresse [...] zu versenden.

§ 9 Vertragsbeginn / Laufzeit

9.1 Der Vertrag beginnt am 01.01.2027, 6:00 Uhr und endet:

[[Alternative 1: Für Kommunen mit einer Laufzeit von 1 Jahr mit zweifacher Verlängerungsoption von jeweils 1 Jahr]

- a) am 01.01.2028, 5:59 Uhr (feste Laufzeit), oder
- b) sofern der Auftraggeber von seiner ersten Verlängerungsoption gem. Ziffer 9.2 Gebrauch gemacht hat, am 01.01.2029, 05:59 Uhr (verlängerte Laufzeit), oder
- c) sofern der Auftraggeber von seiner zweiten Verlängerungsoption gem. Ziffer 9.2 Gebrauch gemacht hat, mit Ablauf des 01.01.2030, 05:59 Uhr (verlängerte Laufzeit).

[Alternative 2: Für Kommunen mit einer Laufzeit von 2 Jahren mit einfacher Verlängerungsoption von 1 weiteren Jahr]

- a) am 01.01.2029, 5:59 Uhr (feste Laufzeit), oder
- b) sofern der Auftraggeber von seiner Verlängerungsoption gem. Ziffer 9.2 Gebrauch gemacht hat, am 01.01.2030, 5:59 Uhr (verlängerte Laufzeit).

9.2 **[Alternative 1: Für Kommunen mit einer Laufzeit von 1 Jahr mit zweifacher Verlängerungsoption von jeweils 1 Jahr]**

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Gaslieferung um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern (Verlängerungsoption). Der Auftraggeber kann jeweils mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende von seiner Verlängerungsoption Gebrauch machen. Die Mitteilung über die Verlängerung hat schriftlich an den Auftragnehmer zu erfolgen.

Alternative 1: Für Kommunen mit einer Laufzeit von 2 Jahren mit einfacher Verlängerungsoption von 1 weiteren Jahr]

9.3 Der Auftraggeber ist berechtigt, die Gaslieferung um ein weiteres Jahr zu verlängern (Verlängerungsoption). Der Auftraggeber kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende von seiner Verlängerungsoption Gebrauch machen. Die Mitteilung über die Verlängerung hat schriftlich an den Auftragnehmer zu erfolgen.

9.4 Das Recht der Parteien zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages bleibt unberührt.

Ein wichtiger Grund zur Kündigung des Vertrags durch den Auftraggeber liegt insbesondere vor,

- wenn über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages dadurch in Frage gestellt ist, dass er seine Zahlungen nicht nur vorübergehend einstellt,
- wenn der Auftragnehmer wesentliche Pflichten dieses Vertrages, trotz wiederholter Mahnung durch den Auftraggeber, bezogen auf ein und dasselbe Ereignis, wobei zwischen den Mahnungen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muss, verletzt, oder
- wenn der Auftragnehmer gegen seine Vertragspflicht aus § 2 dieses Vertrags verstößt.

§ 10 Ansprechpartner

Als Ansprechpartner sind folgende Personen benannt:

Ansprechpartner auf Seiten des Auftraggebers:

Tel.:

Fax:

E-Mail:

Ansprechpartner auf Seiten des Auftragnehmers:

Tel.:

Fax:

E-Mail:

§ 11 Sicherheit für die Vertragserfüllung

Als Sicherheit für die Vertragserfüllung hat der Auftragnehmer auf schriftliche Anforderung des Auftraggebers unverzüglich eine Bürgschaft nach dem Formblatt EFB-421 in Höhe von EUR _____ zu stellen. **[Bieterhinweis: Die Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von max. 5 % der Auftragssumme ist vom**

Bieter mit dem Angebot anzubieten, wenn und soweit er keine anderen geeigneten und ausreichenden Sicherheiten für die Vertragserfüllung anbietet.]

§ 12 Verpflichtungen nach dem HVTG

- 12.1 Die Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentgelt wird Vertragsbestandteil.
- 12.2 Die Urkalkulation ist gemäß § 16 HVTG nach gesonderter Aufforderung entweder elektronisch über die Vergabeplattform oder in einem geschlossenen Umschlag einzureichen.
- 12.3 Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfungsrecht nach § 7 Abs. 1 HVTG ein. Der Auftragnehmer verpflichtet sich darüber hinaus, seine Nachunternehmer/Verleihunternehmen vertraglich zu verpflichten, dem Auftraggeber dieses Auskunfts- und Prüfungsrecht ebenfalls zu gewähren und die vertragliche Verpflichtung zur Gewährung des Auskunfts- und Prüfungsrechts auf alle weiteren Nachunternehmer/Verleihunternehmen zu übertragen.

§ 13 Nachunternehmer

- 13.1 Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Leistung insgesamt oder wesentlicher Teile davon nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers an geeignete Nachunternehmer übertragen. Gemäß § 97 Abs. 4 Satz 3 GWB hat der Auftragnehmer bei der Beauftragung von Leistungen (Unterauftrag) nach wettbewerblichen Gesichtspunkten unter Beachtung des § 97 Abs. 4 Satz 1 und 2 GWB zu verfahren, dem Nachunternehmer auf Verlangen den Auftraggeber zu benennen und dem Nachunternehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistung – zu stellen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind.
- 13.2 Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass etwaige Nachunternehmerleistungen in Abstimmung mit dem Auftraggeber nur an Unternehmen vergeben werden, die über eine vergleichbare Zertifizierung bzw. Qualifikation wie der Auftragnehmer selbst verfügen bzw. solche Qualitätsstandards einhalten. Nachunternehmer des Auftragnehmers sind dessen Erfüllungsgehilfen.

§ 14 Vertragsstrafe

- 14.1 Im Falle der Nichterfüllung von Leistungspflichten nach diesem Vertrag, insbesondere im Falle des Verzuges hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber je Werktag der

Vertragsverletzung und/oder der Verspätung eine Vertragsstrafe von 0,1 %, höchstens jedoch 5 % der Gesamtauftragssumme (brutto) zu zahlen.

- 14.2 Die Geltendmachung weitergehender Schadensersatzansprüche durch den Auftraggeber bleibt vorbehalten. Eine etwa vom Auftragnehmer verwirkte Vertragsstrafe wird auf einen etwaigen Schadensersatzanspruch des Auftraggebers angerechnet.

§ 15 Schlussbestimmungen

- 15.1 Alle Verträge, Abrechnungen, Korrespondenz oder sonstige schriftlich oder in Textform gegebenen Informationen sind in deutscher Sprache abzufassen.
- 15.2 Gerichtsstand ist am Dienstsitz des Auftraggebers.
- 15.3 Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Das gilt auch für die Änderung dieses Schriftformerfordernisses.
- 15.4 Die Regelungen des Vertrages beruhen auf den gesetzlichen und sonstigen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses (z.B. EnWG, GasGVV, NDAV, MessZV, höchstrichterliche Rechtsprechung, Entscheidungen der Bundesnetzagentur). Das Vertragsverhältnis kann nach Vertragsschluss durch unvorhersehbare Änderungen (z.B. durch Gesetzesänderungen, sofern deren konkreter Inhalt nicht bereits – etwa in der Phase zwischen dem Abschluss des förmlichen Gesetzgebungsverfahrens und dem Inkrafttreten – absehbar war), die der Auftragnehmer nicht veranlasst und auf die er auch keinen Einfluss hat, in nicht unbedeutendem Maße gestört werden. Ebenso kann nach Vertragsschluss eine im Vertrag entstandene Lücke nicht unerhebliche Schwierigkeiten bei der Durchführung des Vertrages entstehen lassen (etwa wenn die Rechtsprechung eine Klausel für unwirksam erklärt). Für diesen Fall verpflichten sich die Parteien, die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch eine wirksame oder durchführbare Bestimmung zu ersetzen, die der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung wirtschaftlich am nächsten kommt. Den Parteien ist das Urteil des Bundesgerichtshofes vom 24.09.2002 (KZR 10/01) bekannt. Es ist dennoch der ausdrückliche Wille der Parteien, dass diese Bestimmung keine bloße Beweislastumkehr zur Folge hat, sondern § 138 BGB insgesamt abbedungen ist.

....., den

....., den

.....

.....
(Auftraggeber)

.....
(Auftragnehmer)